

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1925

27.5.1925 (No. 121)

Expedition: Karlsruher Zeitung, Karlsruher Straße Nr. 14, Fernsprecher: Nr. 958 und 954, Postfachkonto Karlsruhe Nr. 3515

Karlsruher Zeitung

Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich für den redaktionellen Teil und den Staatsanzeiger: Chefredakteur C. Amann, Karlsruhe

Bezugpreis: Monatlich 2,60 Goldmark ausschließlich Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Goldpfennig, Samstag 15 Goldpfennig. — Anzeigengebühr 12 Goldpfennig für 1 mm Höhe und ein Zehntel Breite Briefe und Gelber frei. Bei Wiederholungen tarifreduzierter Rabat, der als Kassenzahlung gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Empfang der Rechnung Zahlung erfolgt. Antiklische Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruher Straße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium, des Innern berechnet. Bei Lagerhebung, zwangsweiser Verbreitung und Konfiskation fällt der Rabatt fort. Erfüllungsort Karlsruhe. — Im Falle von höherer Gewalt, Streik, Sperrung, Maschinenbruch, Betriebsstörung im eigenen Betrieb oder in unserer Lieferant, hat der Inserent keine Ansprüche, falls die Zeitung verspätet, in beschränktem Umfang oder nicht erscheint. — Für telephonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Verlangte Druckfaden und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. — Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatschluß erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Antiklische Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags.

Die internat. Beziehungen der wirtschaftl. Organisationen

Auf der kürzlichen Veranstaltung der Wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände Baden in Karlsruhe hielt Syndikus Dr. Maustein-Mannheim, wie mitgeteilt, einen Vortrag über obiges Thema. Wir geben die sehr interessanten Ausführungen Dr. Maustein's im folgenden nach seinem und in dankenswerter Weise zur Verfügung gestellten Material wieder:

Außerer Anlaß über die internationalen Beziehungen der wirtschaftlichen Organisationen, nicht wie es im Programm heißt: Die internationalen Wirtschaftsorganisationen — das wäre ja ein viel zu weit gestecktes Thema — im Rahmen der Wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände zu sprechen, gab die Veranstaltung einer Reihe von Tagungen solcher Wirtschaftsorganisationen, die im Frühjahr stattfanden und die ich später erwähnen werde, ferner, daß die Vereinigung von Anfang an rein orientierende Referate über diejenigen Einrichtungen veranstaltete, die von anderen Wirtschaftskörperschaften geschaffen sind und die man meist nur aus der Ferne kennen lernt. Wir haben es meistens so gehalten, daß je ein Vertreter von Handel und Industrie, von Handwerk und Landwirtschaft über solche Einrichtungen berichten. Zweckmäßige Stellungnahme für oder gegen ist nicht beabsichtigt, die gegenseitige Unterrichtung ist die Hauptfrage. Wenn heute also über dieses Thema gesprochen wird, so soll damit nicht ein Verzicht auf die Möglichkeit solcher internationalen Wirtschaftsorganisationen abgelegt werden, wir waren nur der Ansicht, daß auch ein weiterer Kreis, namentlich im Grenzland Baden, Zutritt zu diesen Einrichtungen und Problemen nimmt.

Schon vor dem Kriege war in der bekannten Zeitschrift „Die Kartellwirtschaft“ eine besondere Rubrik über internationale Kartelle. Internationale Syndikate, Trusts, Preisvereinbarungen gibt es fast solange, wie diese Organisationsform überhaupt. Auch Verhandlungen, wie sie gelegentlich der Reichsverband der Deutschen Industrie und die Verbände der Eisenindustrie mit ihren Parallelo-Organisationen in Frankreich führen, hat es sicherlich schon früher bei Handelsvertragsverhandlungen gegeben. Ebenso gab es zwischenstaatliche Vereinigungen ganz oder halbamtlichen Charakters, sogenannte Unionen des völkerrechtlichen Verkehrs, schon vor dem Kriege. Ich erwähne die folgenden, soweit sie noch jetzt bestehen:

Als älteste der unter deutscher Führung Heinrich von Stephan 1874 in Bern gegründete Weltpostverein, dem übrigens ein internationaler Telegraphenbüro noch vorausging. Ferner: Des internationale Büro für Gewichte und Maße Paris 1875, die Vereinigung zum Schutze des gewerblichen Eigentums Paris 1883 und die zum Schutze des literarischen und künstlerischen Eigentums Bern 1886, die Vereinigung zur Veröffentlichung der Zolltarife Brüssel 1890, das Zentralbüro zwecks einheitlicher Regelung der Rechtsverhältnisse zwischen internationalen Eisenbahnen und Transportgebern Bern 1890, eine Reihe wissenschaftlicher Büros, die 1924 zwecks Vereinheitlichung der internationalen Handelsgesetzgebung in Brüssel gegründete zwischenstaatliche parlamentarische Handelskonferenz in Brüssel, die am 17. April im Rom eine Tagung — die 11. — abgehalten hat und in der 37 Länder vertreten sind (Deutschland und Rußland sind nicht dabei). Nach dem Kriege sind dazugekommen das 1919 gegründete Internationale Handelsinstitut in Brüssel, welches das statistische Handelsamt und das Amt für Handelsgesetzgebung und Handelsverträge umfaßt. Ein zwischenstaatliches Zentralamt „Centre international“, gegründet in Brüssel Mai 1920, stellt die Verbindung zwischen allen zwischenstaatlichen Vereinigungen, von denen bereits im Vorjahre 230 zu einem besonderen Verband zusammengeschlossen waren, her. — Veröffentlichungen: Ein Jahrbuch des internationalen Lebens, eine Revue, ein Handbuch der Bestimmungen und Beschlüsse der internationalen Kongresse, eine internationale Bibliographie, Sammelakten über die Fragen der Gegenwart, auch bildliche Darstellungen, besitzt ein Museum, eine Bibliothek und eine jährliche Hochschulkonferenz.

Der Verein deutscher Eisenbahnverwaltungen, die europäischen Fahrplankonferenzen usw. sind internationale wirtschaftliche Organisationen von Behörden, ohne daß sie in der diplomatischen Praxis unter die Unionen des völkerrechtlichen Verkehrs aufgenommen sind, die das Volkswirtschaftliche diplomatische statistische Jahrbuch enthält.

Eine Reihe ständiger internationaler Privatrechts-, Seerechts- usw. Konferenzen sind hier noch zu nennen. Es geht über den Rahmen dieses Vortrags hinaus, diese Dinge im einzelnen zu behandeln. Ich will mich auf die internationalen Vereinigungen von Handelskammern und freien Verbänden kurz beschränken und aufzeigen, welchen Umfang und welche Tätigkeit sie vor dem Kriege und jetzt genommen haben. Ich erwähne besonders den internationalen Kongreß der Handelskammern und wirtschaftlichen Verbände, die von 1905 bis 1914 bestanden.

Internationaler Handelskammernkongreß

Gegen Ende des Jahres 1904 erging an der Deutschen Handelskammer und die Deutschen Handelskammern von der Föderation des associations commerciales et industrielles des Belgien in Mons die Einladung zu einem internationalen Kongreß der Handelskammern und der kaufmännischen und industriellen Vereine, der in der ersten Hälfte des Septembers 1905 während dreier Tage in Lüttich bei Gelegenheit der Weltausstellung stattfinden sollte. Der Hauptzweck sollte sein: Vervollständigung der Handelskammern, um ihren Bestrebungen die größtmögliche Wirksamkeit zu verschaffen.

Der Deutsche Handelskongreß trat im Januar 1905 dem Kongreß bei und beteiligte sich an der Tagung in Lüttich. Für Deutschland wurden die Herren Kaempf-Berlin, Michel-Mainz und Münsterberg-Danzig in das Komitee gewählt, letzterer vom Handelsvertragsverein.

Der 2. Kongreß fand 1906 in Mailand statt. Zugelassen wurden die Vertreter aller gesetzlichen Körperschaften von Handel und Industrie und die freien kaufmännischen und industriellen Vereine. Ferner die Vertreter der Verbände jener Körperschaften, heute Spitzenverbände genannt. Im Ständigen Komitee sollte jedes Land durch höchstens 3 Mitglieder vertreten sein und 3 Stellvertreter. Deutsche Vertreter waren Kaempf, Münsterberg und Andrae-Frankfurt, Stellvertreter Havens-Berlin, Jochenberger-Leipzig, Dr. Soetbeer-Berlin.

Der 3. Kongreß fand 1908 in Prag statt. Der Deutsche Handelskongreß hatte zur Frage der Festlegung des Osterfestes eine ausführliche Denkschrift vorgelegt.

Der Jahresbeitrag des Handelskongresses betrug 200 Francs. Zugelassen wurden im Jahre 1909 an Beiträgen 1200 Francs bevolmächtigt vom Deutschen Handelskongreß und 17 Handelskammern u. dergl., Italien 1850 Francs, Österreich 1480, Frankreich 600, England 550, Vereinigte Staaten 500 Francs.

4. Kongreß 1910 in London.
5. Kongreß 1912 in Boston.
6. Kongreß 1914 in Paris.

Auf der Tagesordnung des 4. Kongresses in London 1910 standen folgende Punkte: Festlegung des Osterfestes, Vereinigung des Gregorianischen Kalenders, Direkte Vertretung von Handel und Industrie auf offiziellen internationalen Wirtschaftskonferenzen, Postunionen, Vereinheitlichung des Schiedsrechts, Internationale Schiedsgerichte, Bekämpfung des unlauteren Wettbewerbs.

In London war Deutschland nur durch 16 Körperschaften vertreten, darunter außer Frankfurt keine Süddeutschen.

5. Internationaler Handelskammernkongreß in Voston. Tagesordnung: Einsetzung eines ständigen internationalen Schiedsgerichts für Handelsverkehr, Postverträge, Zentralstelle für Warenstatistik, Ausstellungen, Schiedsgericht, ein einheitliches Zusammengehen der Emmissionsbanken zur Verhängung der Handelskrisen, internationale Regelung des Schiffsfahrrechts, deutscher Antrag über Zollvereinfachungen im Ausland. Vertreter d. St. von Mannheim beim Kongreß in Voston waren Herr Kommerzienrat Dr. Hans Clemm und Dr. Michelmann, damals Direktor von Benz (später Oberregierungsrat). In Voston hatte Deutschland zwei von den im ganzen 4 Referenten, die Nichtamerikaner hielten. Beachtenswert war die überwiegende Beteiligung der germanischen Länder, obwohl die Kongreßorganisation in einem romanischen Land ist. Von 416 Ausländern entfielen 101 auf England, 85 auf Deutschland, 65 auf sonstige germanische Länder, nur 106 auf Romanen. Deutschland war stärker vertreten als England.

Auf dem 6. Kongreß im Juni 1914 in Paris waren von Mannheim von der Handelskammer: Reinhardt, Dr. Maustein, Dr. Ullm, von Exportverein: Kommerzienrat Adolf Benninger, Fassig, Mann, Dr. Keiner und Dr. Leiberich vom Verband süddeutscher Industrieller: Stoeb und Gahon Kern in Straßburg.

Vertreten waren in Voston 300 Teilnehmer, 29 Nationen, in Paris 31 Nationen.

Auf dem Kongreß in Paris 1914 wurde die Festlegung des Osterfestes und des Kalenders überhaupt, die Sommerzeit (Vereinfachung der Zeitrechnung), das internationale Vorgehen gegen den unlauteren Wettbewerb im Sinne der Gesetzgebung Großbritanniens, Deutschlands und Dänemarks, die Vereinheitlichung der Lagerheinhaltbestimmungen, vergleichende Studien über die Versicherungswesen, Vereinheitlichung der Konventionenbestimmungen usw. besprochen.

Die Deutschen fühlten sich bei den vielen glänzenden Empfängen etwas zurückgesetzt. Es waren von Deutschland 171 Vertreter angemeldet; auch alle größeren wirtschaftl. Verbände dem Zentralverband deutscher Industrieller bis zum Verband der Banken- und Kaufhäuser und dem Hotelbesitzer-Verein.

War schon in Voston eine Teilnehmerzahl von 1000 erreicht worden, so wurden in Paris mehr als 2000 gegeben, gut die Hälfte Nicht-Franzosen. Von 31 den Kongreß besuchenden Staaten stand Deutschland mit 170 Vertretern von 67 Handelskammern und 19 wirtschaftlichen Vereinigungen an der Spitze, dann folgte Österreich-Ungarn, dann erst das Britische Reich einzeln, Arabien, Australien, Kanada und Neuseeland.

Von besonderer Bedeutung war eine eigene deutsch-französische Wirtschaftskonferenz, in der sich der für das Zollwesen zuständige Ministerialdirektor des Handelsministeriums nur schwach gegen Hochhaltungen verteidigen konnte.

„Le commerce c'est la paix!“ war die Parole und zweifellos hat niemand von den Teilnehmern des Kongresses die Absicht gehabt, wenige Wochen darauf Krieg zu führen. Poincaré hatte aber wenig Zeit, da er nach Petersburg fahren mußte. Im Senat sah ich das Ministerium Ribot an einem Tage sich vorstellen und stürzen, weil es Poincaré als Kriegskabinet nicht stark genug war.

Als der Reichspräsident Kämpf, der deutsche Mit-Vorsitzende des Kongresses gegen den Plan der Bildung eines Fonds zur Eindämmung von Krisen etc. bei der Bank von England sprach, fand er stürmischen Beifall des größten Teiles der Versammlung. Für was für Krisen das deutsche Gold in der Bank von England damals verwendet worden wäre, zeigt der Krieg. Heute haben wir etwas Ähnliches gesehen, auch in den Transferbestimmungen des Dawes-Guthachten.

Die Teilnahme von führenden Politikern, die aus der Wirtschaft stammen, war schon damals allgemein, wiederholt haben auch aktive oder frühere Handelsminister die Verhandlungen geleitet.

Die Schaffung eines Ständigen Büros, die von Amerika angeregt wurde, die Überlegung aller Neben, Anträge, Schriften,

in die deutsche, englische und französische Sprache hätten den Kongreß und seine Wirkung wesentlich verstärkt, wenn nicht der Krieg ausgebrochen wäre. Die letzten deutschen Teilnehmer des Pariser Kongresses versammelten sich nach einer Studienreise durch Frankreich auf der Moselkur in Heidelberg an dem Sonntage, an dem die Schiffe von Serajewo knallten.

Weitere Zusammenschlüsse mehr spezieller Art

sind der Internat. Ständige Verband (s. Zeitschr. für Binnen-Schiffahrt Heft 1, 1925, S. 13) der Schiffahrtkongresse, der seit 1885 bestand. Der 3. Kongreß war 1888 in Frankfurt a. M. Auf dem Kongreß 1908 in Petersburg war Mannheim durch Dr. Barth vertreten. 1912 war der letzte Vorkriegskongreß in Philadelphia. Als nach dem Kriege 1923 der Kongreß wieder zusammentrat, wurde Deutschland, obwohl der Internationalen Ständigen Kommission 10 deutsche Mitglieder angehörten, ausgeschlossen. Auch hier stand Deutschland neben den Vereinigten Staaten mit an der Spitze und stellte von den 38 Ländern circa 1/3 der gesamten Mitglieder.

Der nächste Kongreß soll 1926 in Kairo stattfinden.

Die internationale Konferenz zur Regelung der Binnenschiffahrt (Freiheit der Schiffahrt) in Barcelona sei noch hier erwähnt. Sie fand 1921 als Veranstaltung der Internationalen Handelskammer statt.

Auch eine internationale Großhandels-Organisation ist in Bildung begriffen.

Der vom Zentralverband des tschechoslowakischen Handels für 1925 beabsichtigte Internationale Kongreß in Prag wäre wohl neben dem internationalen Handelskammernkongreß die 1. internationale Großhandelsorganisationskonferenz geworden, wenn er nicht abgefragt worden wäre.

Eine bedeutende internationale Organisation besteht im Versicherungswesen. Die Transportversicherungen haben schon im Jahre 1874 einen internationalen Transportversicherungsverband mit Sitz in Berlin gegründet, zu dessen 50jährigem Jubiläum eine umfangreiche Denkschrift erschienen ist. Er hat im Vorjahre, wie schon so oft, seine Tagung in Baden-Baden abgehalten und besitzt 219 Mitglieder aus 22 europäischen Ländern gegen 114 aus 13 Ländern vor dem Kriege. Seinem Ausschuß gehört aus Baden Kommerzienrat Oskar Sternberg an. Der Verband gehört eigentlich in den Kreis der internationalen Preiskonventionen, seine Aufgaben gehen aber weit über diese Tätigkeit hinaus.

Ferner wäre zu erwähnen, die internationale Vereinigung der Seeverversicherer, gegründet 1900, die ihren Sitz zurzeit in Paris hat, mit dem Zweck, das Seeverversicherungswesen auf internationalem Wege durch Erforschung der auf diesem Gebiet bestehenden Mängel und deren Beseitigung zu fördern. Seit dem Kriege hat man in Deutschland von dieser Vereinigung nichts wieder gehört.

Eine Internationale Konferenz der Messeleitungen fand am 20. April d. J. in Budapest statt, um ein gemeinsames Zusammenwirken bei Veranstaltung zukünftiger internationaler Warenmessen zu schaffen. Von Deutschland war Frankfurt vertreten, bei der Vorbesprechung in Mailand auch Leipzig.

Seit Kriegsbeendigung werden alle internationalen Einladungen, sofern sie überhaupt ergehen, bilateralisch behandelt, wie das bilatorische ja das Charakteristikum der deutschen Politik geworden ist und werden auch und leider noch auf lange Zeit hinaus sein wird.

Nach dem Kriege hat Deutschland eine internationale Tagung veranstaltet, wie sie vor dem Kriege leider nicht möglich war, eine Zusammenkunft der deutschen Wirtschaftsvertreter im Ausland, China, Niederländisch-Indien, Südamerika, Österreich, Ungarn, Italien, Spanien, Skandinavien, Schweiz usw., die Tagung der deutschen Auslandshandelskammern vom 23. September 1924, von denen vor dem Kriege, trotz vieler Bemühungen aus Baden, kaum welche bestanden, während jetzt die Zahl 30 erreicht sein dürfte. Ferner wurde im Jahre 1922 von den deutschen und österreichischen Handelskammern eine Arbeitsgemeinschaft gegründet aus je 15 deutschen und 15 österreichischen Vertretern. Der badische Vertreter wird von Konstanz gestellt. Aber die Tätigkeit der Arbeitsgemeinschaft habe ich noch nicht viel gehört. Praktisch ist aber enge Führung nicht nur zwischen deutschen und österreichischen Handelskammern, sondern auch z. B. den deutschen Handelskammern in der Tschechoslowakei, von denen Vertreter alljährlich bei der Geschäftsführerkonferenz in der Deutschen Handelskammer anwesend sind.

An weiteren Einrichtungen erwähne ich das Schiedsgerichtsverfahren zwischen einzelnen Ländern z. B. deutsch-niederländische und deutsch-italienische unter Zuziehung der Auslands-Handelskammern und Verbände.

Handelskammernstellen, wie sie der Deutsche Industrie- und Handelskongreß, z. T. auch der Zentralverband des Großhandels und andere Spitzenverbände zwischenstaatlich gründen, bestehen außer mit den Niederlanden noch mit Dänemark, Tschechoslowakei und Ungarn.

Dieses Schiedsgerichtsverfahren war notwendig, weil die Internationale Handelskammer ein Schiedsgerichtsverfahren ausbildete.

Ferner hat der Völkerbund neben der Ausgestaltung des internationalen Privatrechts die internationale Regelung des unlauteren Wettbewerbs beabsichtigt. In dem Wirtschaftlichen Ausschuß ist die Internationale Handelskammer führend.

(Siehe Mittlg. d. Industrie- und Handelskammer Berlin Februar 1925 Nr. 2 S. 146.)

Im Internationalen Arbeitsamt besteht ein Zusammenschluß von Arbeitgebern, Arbeitnehmern und 57 Regierungen nach Art. 308 des Versailler Vertrags. Darüber hat kürzlich der deutsche Stellvertreter der Arbeitgeber, Dr. Tändler-Berlin auf der Geschäftsführerkonferenz des Reichsverbandes der Deutschen Industrie und der Vereinigung der Arbeitgeberverbände in Köln ein Referat erstattet, ferner Herr

Wasser bei der Tagung der wirtschaftlichen Vereinigung der Unternehmerverbände in Freiburg, so daß ich mich ganz kurz fassen kann.

Hier sind wir durch den Versailler Vertrag zwangsweise drin, obwohl man uns sonst überall zwangsweise ausgeschloffen hat.

Eine lose internationale Arbeitgeberorganisation hat sich im Rahmen des Amis in Genf gebildet. Sie hat ihren Sitz in Brüssel. Bei allen wichtigeren Fragen wird aber, doch nach Ländern abgestimmt. Bekannt sind schon jetzt die Differenzen, die sich durch die ungenügende Zahl deutscher Vertreter in dem Verwaltungsrat usw. herausgebildet haben, da über 80 französischen und 60 englischen Beamten nur 7 deutsche gegenüberstehen trotz jährlicher deutscher Mitarbeit.

Deutscher Reichstag

WTB. Berlin, 26. Mai.

Eröffnung der Sitzung um 2 Uhr nachmittags. Das Haus tritt dann in die Beratung

des Haushalts des Reichswehrministeriums

ein. Berichterstatter Abg. Stüden (Soz.): Es müsse mehr getan werden, um den Soldaten nach Ablauf ihrer 12jährigen Dienstzeit eine bessere Versorgungsmöglichkeit zu verschaffen. Man dürfe nicht vergessen, daß es sich bei dem Soldatenstand heute um einen Beruf handle. Die Reichswehr ist ein verhältnismäßig teures Instrument, das das Reich einschließlich der Marine jährlich rund 600 Millionen Mark kostet.

Abg. Schöppin (Soz.) wendet sich gegen die Höhe der Kosten, die für die Reichswehr aufgewendet werden. Die Reichswehr koste das Reich 4000 Mark pro Kopf und Jahr. Wenn diese Ausgabenhöhe auch im alten Heere erreicht worden wäre, so würde der Etat für das alte Heer 3,2 Milliarden Mark betragen haben. Die hohen Kosten erklärten sich aus der Fülle der Chargen. Die Sozialdemokratische Partei müsse auch die im Etat eingeschätzten Beträge für die weitere Armierung verschiedener Schiffe ablehnen. Es sei überhaupt zu erwägen, ob die Marine nicht auf ein weiteres Minimum reduziert werden könne. Der Redner wendet sich dann scharf gegen die oft zu beobachtende politische Betätigung in der Reichswehr und verlangt von der Regierung Schritte gegen die Verwendung von Offizieren (Zustimmung). Er spricht sich dagegen aus, daß die Reichswehr Privatmittel aus wirtschaftlichen Kreisen annehme, um der Notlage der Reichswehr zu steuern. (Hört, hört links.) Diese Mittel würden zu bestimmten Zwecken, die mit der „schwarzen Reichswehr“ zusammenhängen, verwendet. Angesichts dieser und anderer Vorgänge würden die Sozialdemokraten als Ausdruck ihres Mißtrauens das Gehalt des Ministers Gehler ablehnen. (Beifall links.)

Abg. Schmidt-Hannover (D.) betont, daß gerade im letzten Jahre das Vertrauen der Bevölkerung zur Reichswehr gewachsen sei. Die Kritik sei auch in außenpolitischer Beziehung unangebracht. (Sehr richtig! rechts.) Bezüglich der Höhe der Kosten des Heeresetats meint der Redner, daß wir eben heute nicht mehr den billigen Vorkriegsstand der Wehrpflicht hätten, der auch sozialer als der heutige Zustand gewesen sei (Zustimmung recht, Widerspruch links). Der Redner setzt sich dann für eine bessere Versorgung der ausgedienten Soldaten ein und wendet sich gegen die gegen die Reichswehr erhobenen politischen Angriffe. Diese Angriffe seien nur Material für unsere Gegner. Insbesondere die Veröffentlichungen der Liga für Menschenrechte würden nur zur Freude des Marschalls Koch geschrieben. (Zustimmung rechts.)

Abg. Erling (Zent.) wendet sich gegen die Kritik des Abg. Schöppin. Gerade als Demokrat und entschiedener Republikaner müsse man diese zu weit gehende Kritik zurückweisen. Die Reichswehr habe die Aufgabe, die Stütze der öffentlichen Ordnung zu sein und das weiter zu pflegen, was im alten Heere gut war. Wo von Angehörigen der Reichswehr gegen den republikanischen Gedanken vorgegangen wird, da muß mit militärischer Gründlichkeit und Rücksichtslosigkeit eingeschritten werden. Das muß besonders in den Fällen geschehen, in denen militärische Vorgehensarten der Flagge schmarrotgold die Lektion verweigern, die ihr gebührt, weil sie die verfassungsmäßige Flagge des deutschen Volkes ist. Zu Verallgemeinerungen liege kein Grund vor. Unter der Leitung des Reichswehrministers und General von Seeckt habe sich die Reichswehr zu einem wohlgeordneten und zuverlässigen Schulinstrument für die Verfassung der deutschen Republik entwickelt und auch in den schwierigsten Zeiten bewährt.

Abg. Brüninghaus (D.Vp.) verweist darauf, daß in Deutschland die Entlohnung vollständig durchgeführt sei. Man muß immer wieder daran erinnern, daß der Friedensvertrag auch die Entlohnung der anderen Staaten vorsehe. Während man Deutschland nur wenig über 100 000 Mann Soldaten

gelassen habe, ständen in Frankreich 780 000 Mann unter Waffen, also 80 000 Mann mehr als vor dem Kriege. (Hört, hört! rechts.) Die Staaten um Deutschland herum könnten heute 1 1/2 Millionen Soldaten gegen Deutschland führen. Es sei unverständlich, daß angesichts dieser Tatsachen sich überhaupt Stimmen gegen den Heeresetat fänden. Oberschlesien sei länger deutsch gewesen, als die Normandie französisch. Der Redner tritt dann für eine Aufbesserung der Bezüge der Heeresangehörigen ein.

Abg. Schmöller (K.) meint, die breiten Massen könnten sich nicht vorstellen, wozu die kostspielige Reichswehr dienen solle und wie es notwendig sein könne, daß im Etat 81 Millionen Mark für Munitionsbeschaffung eingesetzt sind. Die Wahl Hindenburgs werde dazu beitragen, die Reichswehr noch mehr als bisher neben der Schupo zu einem Instrument der deutschen Bourgeoisie zu machen.

Abg. Dr. Haas-Aden (D.) hebt hervor, daß jeder verständige Mensch den Wunsch nach friedlicher Entwicklung der Dinge haben müsse. Es wäre zu fordern, daß auch das schwere Unrecht von Versailles auf friedlichem Wege beseitigt werde. Weil es aber unbestimmt sei, was die Zukunft bringe, müsse unsere kleine Reichswehr erhalten und zwar in gutem Zustand erhalten werden. Die Traditionspflege sei anzuerkennen, dürfe aber nicht in monarchistische Spielerei ausarten und die Verbindung der Reichswehr zu rechtsradikalen Verbänden, die sich gegen die Verfassung wenden, müsse endlich einmal aufhören. Wir haben zum Reichswehrminister und zu den oberen Stellen der Reichswehr das volle Vertrauen. Aber es gibt andere Stellen in der Reichswehr, die eine baldige Wiederkehr der Monarchie erhoffen. Hier muß der Reichswehrminister dafür sorgen, daß in der Reichswehr bekannt wird, daß Generalfeldmarschall von Hindenburg die republikanische Verfassung geschworen hat. (Sehr richtig!)

Nachdem Vizepräsident von Well dem Hause Mitteilung vom Eingang eines kommunistischen Mißtrauensvotums gegen den Reichswehrminister Gehler gemacht hat, wird die Debatte des Heeresetats für heute geschlossen.

Das Haus vertagt sich um 8 Uhr abends auf Mittwoch 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht u. a. das Steuerüberleitungs- und der deutsch-spanische Handelsvertrag.

Der Reichstagsausschuß für Wohnungswesen nahm am Dienstag einen Antrag an, monach aus der Hauszinssteuer wenigstens ein Betrag von 20 Proz. der Friedensmiete für Neubauten und Instandsetzung von Altbauwerken zu verwenden ist. Ein bestimmter Teil von diesen 20 Proz. soll dem Reiche zur Schaffung eines Fonds überwiesen werden, um Mietleihen Zuschüsse zu Wohnungsbauten geben zu können. Ferner soll den Vermietern ein angemessener Betrag berechnet werden, aus welchem die Betriebs-, Verwaltungs- und Instandhaltungskosten, sowie die Verzinsung des eigenen Geldes bestritten werden kann.

Streikfahr in Berliner Verkehr. Infolge eines Lohnstreiks droht ein großer Berliner Verkehrsstreik. Wie der „Lokalanz.“ mitteilt, hat der Schlichtungsausschuß Großberlins eingegriffen und die Parteien zu Besprechungen geladen. Die Angehörigen der Straßenbahn, der Hochbahn und der Omnibusgesellschaften nahmen am Dienstag abend in einer Versammlung eine Entschliebung an, in der es heißt: Die Versammelten sind entschlossen, sollte der letzte Versuch einer Verhandlung scheitern, auch von den letzten gewerkschaftlichen Mitteln Gebrauch zu machen.

Dr. Jänide vom Amte suspendiert? Der Säwieggersohn des verstorbenen Reichspräsidenten Ebert der Attache im auswärtigen Amt ist und sich zuerst in Italien aufhält, soll, wie die Blätter hören, wegen einer angeblich abspäherischen Bemerkung über den Reichspräsidenten v. Hindenburg im Fremdenbuch eines italienischen Hotels bis zur Beendigung eines Disziplinärerfahrens vom Amte suspendiert worden sein. — Der „Tag“ hatte gemeldet, daß im Fremdenbuch des Hotels Bagano auf Capri folgende Eintragung stehe: „In Ihrem gemütlichen Hotel verweilte wir, daß im Hindenburg Präsident des Deutschen Reiches geworden ist. 13. Mai. Dr. Jänide.“ Im Fremdenbuch stehe weiter der Eintrag: „Dr. Jänide, Wilhelm mit Frau geb. Ebert.“ Dr. Jänide ist dem deutschen Generalkonsulat in Mailand beigegeben.

Der schwedische Reichstag beschloß nach monatelangem Kampf in der Presse und dreitägiger Aussprache, mit den Stimmen der Sozialdemokraten und Freisinnigen, sowie des größten Teils der Liberalen gegen die Stimmen der Konservativen und Bauernbündler, der von der Regierung vorge schlagenen Heeresverminderung zuzustimmen. Die Zahl der Divisionen wird von 6 auf 4 herabgesetzt. Die Erparnisse werden auf 80 Millionen geschätzt. Die Abrüstung beginnt im nächsten Jahre.

Politische Neuigkeiten

Der deutsch-spanische Handelsvertrag

Reichsaussenminister Dr. Stresemann hat auch am Dienstag mit den der Regierung nahestehenden Fraktionen verhandelt um eine möglichst große Mehrheit für den deutsch-spanischen Handelsvertrag zu gewinnen, über den heute im Reichstag abgestimmt werden soll. Der Reichsfinanzminister und der Reichsaussenminister erörterten die Einzelheiten des Vertrages, wobei sie, wie die Blätter berichten, auch Maßnahmen in Aussicht stellten, um den Interessen der deutschen Wirt schaft durch die Gewährung von Entschädigungskrediten Rechnung zu tragen. — Dem „Lokalanzeiger“ zufolge werden die Deutschnationalen in ihrer Mehrheit für den Vertrag stimmen. Den Gegnern ist von der Fraktion die Abstimmung freigegeben worden. — Wie das „D. T.“ wissen will, sollten etwa 70 Abgeordnete der Deutschnationalen für den Vertrag eintreten; die übrigen sollen dagegen bei ihrer strikten Ablehnung verharren.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion hat den Wählern zufolge beschloffen, bei der Abstimmung in der zweiten Lesung sich der Stimme zu enthalten, da sie den Regierungsparteien die alleinige Verantwortung für die Annahme oder die Ablehnung des Vertrages überlassen wolle.

Die großdeutsche Idee

Der deutsch-österreichische Volksbund veranstaltete seine diesjährige Bundestagung in Dortmund unter Teilnahme von über 100 Delegierten aus allen Gauen des deutschen Sprachgebiets. Die Tagesordnung diente drei Dingen: dem Vorkursus zur Idee der einheitlichen großdeutschen Republik, der Propaganda für diese Idee und der sachlichen Arbeit und Aussprache über praktische Gegenwartsfragen zur Vorbereitung und Förderung des geistigen Zusammenschlusses. Hierbei stand im Mittelpunkt die Veranstaltung einer großen Volkshandlung, ein Referat des Bundespräsidenten, Reichstagspräsident Lobe. Der deutsch-österreichische Volksbund verfechte, so führte Lobe aus, offen ein politisches Programm, dessen Inhalt klar und einfach sei: der Zusammenschluß der Staaten deutscher Sprache zur großdeutschen Republik. Er betreibe in diesem Sinne Propaganda für den Anschluß, der im Friedensvertrag unter der Voraussetzung der Genehmigung des Völkerrats ausdrücklich vorgesehen ist. Neben dieser Arbeit pflege der Volksbund alsdann in praktischer Betätigung den geistigen Zusammenschluß der Länder in allen Disziplinen, in Wirtschaft und Recht, Verkehr und Verwaltung, Sprache und Schulen. Zu den Angriffen und Mißdeutungen, die im Umstande gegenüber diesem Ziel erfolgt sind, führte Lobe aus, daß der Bund gewiß keine imperialistische Machterweiterung anstrebe. Jeder Appell an Macht und Gewalt liege dem Bunde fern, der nur den Weg des Friedens beschreiten wolle. Die Triebkräfte des Bundes seien einmal die Grundzüge des Rechts der Selbstbestimmung der Völker und zum anderen wachsende wirtschaftliche Bedürfnisse der Deutschen in Österreich. Gegenüber Mussolinis jüngsten Angriffen auf Deutschlands Ansehen wolle kein Mann darauf hin, daß der erste Anstoß zum Zusammenschluß aus der österreichischen Nationalversammlung gekommen sei, wie auch jetzt im Zusammenbruchprozess des Sanierungswerkes die Stimmen von drüben den Anschluß immer lauter fordern. Wie käme Mussolini dazu, so frage er, im Tone des Siegers den Anschluß zu verweigern? Damit habe er ein geistiges Verleugern gegen die Geschichte dieses Volkes verübt, damit habe er zudem eine Unkenntnis der Verträge bewiesen. Der Volksbund wolle es zurück, daß Mussolini sich anmaßte, in Angelegenheiten des deutschen Volkes mitzusprechen.

Nach Lobe sprach sodann der österreichische General Kötner, der darauf hinwies, daß es dem Bund fern liege, an die Gewalt und Waffen zu appellieren. Der Wille zum Staat der deutschen Volksgemeinschaft werde sich umso schneller durchsetzen, je mehr jetzt hinter die Idee die ökonomische Notwendigkeit getreten sei. Österreich, allein gelassen, müsse wirtschaftlich und kulturell erkranken. Sein Sehnen gehe dahin, heimzukehren in die großdeutsche Volksgemeinschaft, der es über 1000 Jahre angehört habe.

In einer Entschliebung heißt es, der Bundestag erwarte, daß die deutsche Regierung bei den Verhandlungen ihres Garantiepaktes alles unterlasse, was eine Schwächung der Rechte Österreichs, sich mit Genehmigung des Völkerrats anzuschließen, herbeiführen könnte. In einer zweiten Resolution erinnert der Bundestag daran, daß Deutschland nach dem Friedensvertrag berechtigt ist, im Falle seines Eintritts in den Völkerrund als Amal deutscher Minderheiten aufzutreten. Er würde diesen Eintritt begrüßen, da nach Beziehung dieses Eintritts die deutschen Retreter beim Völkerrund diese Verpflichtung auch für die Sudetendeutschen, die selbständigen und Südtiroler Minderheiten übernehmen würde.

Badische Landesbibliothek

II.

Daniloff, Ausland im Weltkriege 1914—1915. S. Delbrück, Der Stand der Kriegsschuldfrage. 2. Aufl. Joh. Fischer (Erich Dombrowski), Neue Köpfe. Deutschlands Wagner im Weltkriege. (Bildnisse der feindlichen Völker mit erklärendem Text.) Tafelwerk! von Hale, Englands Kriegsbilanz. Konrad Haußmann, Schlaglichter. Reichstagsbriefe und Aufzeichnungen. Hg. von A. Keller. Mex. von Hohenthahe, Aus meinem Leben. Franz Joseph I. in 5. Briefen. Hg. von Otto Ernst. Joh. Haller, Die Vera Pulova. O. Hamann, Deutsche Weltpolitik 1890 bis 1912. Garmis, 4 Jahrzehnte Reichspolitik 1878 bis 1918. Darstellung, Deutsche Geschichte 1871 bis 1918. 2. Aufl. v. Herz, Die Abdankung. Die Londoner Konferenz 1924 (Weiblich). V. Mussolini, Neben 1914 bis 1924. Hg. von Max S. Meyer. Die große Politik der Europ. Kabinette 1871 bis 1914. Bd. 19: Der Russisch-Japanische Krieg. 20: Entente cordiale und erste Marokkofrisse 1904 bis 1905. 21: Die Konferenz von Algerien und ihre Auswirkung. Popoff, Tschetscha. Der Staat im Staate. J. M. von Radowicz, Aufzeichnungen und Erinnerungen. Hg. von S. Polborn. von Schenau, Die Front des letzten Kriegsjahres. Schraudenbach, Ruharebe. Im osmanischen Heere 1916/17. G. von Schoultz, Mit der Grand Fleet im Weltkrieg. Der diplomatische Schriftwechsel zwischen 1911 bis 1914. Hg. von Fr. Stieve. Stieve, Iswolski und der Weltkrieg. 2. Wappes, Die Pfalz unter franzöf. Besatzung. Der Weltkrieg 1914 bis 1918. Fearb. im Reichsarchiv. F. 1. Die Grenzschichten im Westen. 2. Die Befreiung Österreichens. Theodor Wolff, Das Vorbild.

Anders, Erdkundliche Grundlagen geschichtl. Entwicklung. Behrend, Reisebriefe von der Ballan-Studienfahrt der Handels-Hochschule Mannheim. Fockhausen, Oesterreich in Wort und Bild. Droop, Deutsche Wanderfahrten. Gert, Altwater Nil. Durch Ägypten und den Sudan. Anna Hedlin, Mein Bruder Sven: Gerd, Wanderungen und Wandlungen. Götlicher, Das Buch vom Ahein. W. Köhler, Wandernbüchlein. Kule, Die Pedenung Europas für die Entwicklung der Weltwirtschaft. B. R.

rik, Arabien. A. Reinhard, Weltwirtschaftl. und politische Erdkunde. Alice Schäfer, Japan. Scheu, Deutschlands wirtschaftsgeographische Harmonie. Sch. Schmitt-henner, Tunesien. Algerien. Supan, Politische Geographie. Naturlehre des Staates. 2. Aufl. von E. Obst. Der ostdeutsche Volkshoden. Hg. von B. Volz.

E. Drerup, Demosthenes im Urteil des Altertums. E. Littmann in 1001 Nacht in der arab. Literatur. Märchen der Weltliteratur. Bd. 28: Indischer Märchen aus Nordamerika. Hg. von B. Kridelberg; 29: Türkische Märchen, Hg. von Fr. Giese. A. Köppl, Kolloid Meisterjahre. Th. v. Scheffer, Griechische Helden sagen. 2. Aufl. S. Seemann, Mythologie der Griechen und Römer. 6. Aufl. F. Turgenev an Ludwig Rietsch. Briefe 1864 bis 1883. Hg. von A. Doren. A. Kohler, Leopoldi. A. Wesselski, Märchen des Mittelalters.

A. Bartels, Geich. der deutschen Literatur. (Neue Bearbeitung.) Faesi, Conrad Ferd. Meyer. Georgina. Das Wesen des Dichters Stefan George. Emma Graf, Die Pfortenwelt in der deutschen Erzählliteratur des 19. Jahrh. D. von Greherz, Die Mundartbildung der deutschen Schweiz. A. von Grolman, Friedrich Maximilian Hoffener. 1920. Gundolf, Ulrich von Hutten. Klopstock. Ernst Moritz Arndt. Danden, J. R. Erdmann. Kummer, Deutsche Literaturgeschichte des 19. und 20. Jahrh. 3. Aufl. N. v. Villenron, Frohe Jugendtage. 1902. E. Vissauer, Von der Sendung des Dichters. Radler, Literaturgeschichte der deutschen Sprache. 2. Aufl. Radler, Das Schrifttum der Sudetendeutschen. Prekel, Von volkstümlicher Dichtung und romantischer Erneuerung. Herm. Schneider, Helden dichtung. Geistliche dichtung. Ritterdichtung. Ferd. Jos. Schneider, Die deutsche Dichtung vom Barock bis zum Klassizismus 1700 bis 1785. Alb. M. Wagner, Sch. Wils. von Gerkenberg und der Sturm und Drang. Leop. Ziegler, Das heilige Reich der Deutschen.

A. A. Bergmann, Hagen. Drama. Clara Raft, Hörst Du den Ton? E. Frommel, Schifal. Novellen. A. von Haller, Gedichte. Ausg. von Harry Mann. Heinrich von Morungen, Liebeslieder. Mit Nachdichtungen von Käthe Heß. E. Vissauer, Das Aheinland in der deutschen Dicht. Wils. Müller, Rheinbäufisches Heimatbuch. Sagen, Geschichten aus der Vergangenheit. Naef und Ales-

ander von der Marwik in ihren Briefen. Hg. von S. Meisner. Rheinland Sagen. Gesammelt von Jaunert. Jakob Schaffner, Johannes. Roman einer Jugend. Thule. Bd. 18: Norweg. Königsgeschichten. II. Bd., Bd. 19: Die Geschichten von den Oraden, Daenemark und der Jomsburg. Aberr. von B. Kaele. Eise von Firkheim, geb. Schönmann, Goethes Lili. Briefe. Hg. von Nies. W. E. S. pper, Aus tausend Jahren. Deutsche Balladen und historische Lieber. Volkslieder vom Oberrhein. (Zusammengestellt von Ferd. Meng.)

Albert Veder, Pfälzer Volkskunde. Braungart, Die Nordgermanen. Kossinna, Die deutsche Vorgeschichte, eine nationale Wissenschaft. 4. Aufl. Schwäbische Volkskunde. Hg. von Aug. Lämmle. I. Volksmund in Schwaben. I. In Sprichwörtern. II. Volkslieder. 1.

Bechtold, Georg Pfälzer. Ehl, Die Ottonische Kölnes Buchmalerei. Fehr, Massenkunst im 16. Jahrh. Flugblätter. Fider, Das Straßburger Münster als Symbol. 2. Aufl. Kasp. David Friedrich, Erkenntnisse, Hg. von Eberlein. Gaarhaus, Rom. Wanderungen. Hornes, Urgeschichte der bildenden Künste in Europa. 3. Aufl. J. v. ppe, Pompeji. Kühnel, Islamische Kleinkunst. Landau, Daniel Chodowicki. Fr. Michael, Deutsche Theater. S. J. Moser, Geschichte der deutschen Musik. II. 2. Weisberg, Karl.hofer. Rodenwaldt, Das Relief bei den Griechen. Sandberger, Ausgem. Aufsätze zur Kunstgeschichte. II. Schmitz, Die Kunst des Mittelalters in Deutschland. Schmitz, Kunst und Kultur des 18. Jahrhunderts in Deutschland. S. Schrader, Phidias. Deutsche Volkskunst. Hg. v. Neilsob. 1.: Fehler, Nieberhausen. 2.: Lindner, Karl Brandenburg. 3.: Creutz, Die Rheinlande. A. de Waal, Rompiger. 10. Aufl. Peard, von Kirchs. Wendland, Konrad Wis. Gemäldestudien. A. Wörmann, Lebenserinnerungen eines Achtzigjährigen. Wulzinger und Wälinger, Damaskus die islamische Stadt.

Vittmann, Werden und Wirken. Erinnerungen. I. III. Bd. Durr, 25 Jahre Rappell-Luffschiffbau. Feurgren, So poste dans les temps anciens et modernes. Rikman, Der Techniker im öffentl. Leben. Karl Schumacher, Deutsche Zollgeschichte. Vortrag.

(Nachdruck erwünscht.)

Rehabilitierung des Generals Nathusius

Sofort nach Rückkehr des Generals von Nathusius aus Lille wo er bekanntlich von dem französischen Militärgericht wegen angeblichen Diebstahls eines TafelserVICES unter Aufhebung eines früheren Urteils zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war, leitete der Oberreichsanwalt in Leipzig eine Untersuchung gegen ihn wegen Kriegsverbrechen ein. In diesem Verfahren wurden sämtliche Personen, Offiziere, Unteroffiziere und Mannschaften, die 1918 mit dem General in Roubaix in dem Hause des Fabrikanten wohnten, eingehend als Zeugen eidlich vernommen. Keiner der Zeugen bemerkte in dem Motte'schen Hause in Roubaix ein wertvolles Tafelservice. Soweit überhaupt dort vorhandenes Geschirr von der Stadtmesse des Generals in Benutzung genommen wurde bestand es aus einzelnen Stücken verschiedenen Moders. Dieses Geschirr verblieb beim Abzug der Stadtmesse von Roubaix im Hause. Vom ehem. Burgen des Generals wurde befunden, daß dieser nichts verschwiegen oder mitnahm, was nicht sein Eigentum war. Abereinstimmend von allen Zeugen wurde erklärt daß der General sich nicht nur niemals an fremdem Eigentum beteiligt, sondern stets auch, wie dies seinem christlichen Charakter entsprach, das von ihm in seinen Quartieren in Feindesland vorgefundene Eigentum der Landesbewohner besonders gut behandelte und schonte und auch sein Untergebene immer wieder zu gleichem Verhalten ermahnte und anhielt. Die Zeugenausagen ergaben auch nicht den geringsten Anhaltspunkt für die Annahme einer von Nathusius begangenen strafbaren Handlung. Der Oberreichsanwalt stellte daher das Verfahren gegen ihn ein.

Der sächsische Landtag

beendete am Dienstag nach 25stündiger Dauer die zweite Lesung der Novelle zur Gemeindeordnung, nachdem sämtliche Anträge der linksradikalen Minderheit mit 78 gegen 8 bzw. 62 gegen 24 Stimmen abgelehnt worden waren. Auch die deputationalen Minderheitsanträge wurden mit 68 gegen 17 Stimmen angenommen und darauf die gesamte Vorlage mit 62 gegen 24 Stimmen angenommen.

Es war eine Reform der Landtage, da bisher noch niemals eine Sitzung solange gedauert hatte. Die dritte Lesung wird am Freitag stattfinden. Auch sie wird möglicherweise unter der Obstruktion der Linken sehr lange dauern. Die Linksradikalen haben inzwischen aus Anlaß der Verabschiedung der Vorlage einen Mißtrauensantrag gegen den sozialdemokratischen Minister des Innern, Müller, eingebracht, der gleichfalls am Freitag zur Abstimmung kommen, aber zweifellos abgelehnt werden wird.

Zur Haftentlassung Julius Barmats

Mehrere Blätter veröffentlichen die Begründung, die das Berliner Kammergericht seinem Beschluß über die Entlassung Julius Barmats beigefügt hat. Es heißt darin:

Nach dem vorliegenden Ermittlungsergebnis besteht dringender Verdacht, daß der verstorbenen angeklagte Dr. Hölle bewußt pflichtwidrig gehandelt habe als er im Oktober 1924 als Reichspostminister, den bisher der Mexima von der Deutschen Girozentrale gewährten, von dieser wegen Unsicherheit der Schuldnerin gestützten Kredit auf die Reichspost gegen ungenügende Deckung übernahm obwohl auch ihm die damalige, unsichere Lage des Meximalanzers bekannt war. Der Sachverhalt ergibt ferner den dringenden Verdacht, daß Dr. Hölle zu der pflichtwidrigen Amtshandlung durch die ihn von den angeklagten Julius und Oskar Barmat zu gewährenden Vermögensvorteile bestimmt worden ist. Dieses bedeutet den dringenden Verdacht, daß die Angeklagten sich der aktiven Beihilfe im Sinne des § 333 (StrGB) schuldig gemacht haben. Es besteht ferner dringender Verdacht des Kreditbetruges zum Nachteil der Reichspost und zwar aus seinen beiden Angeklagten. Hinsichtlich der Frage des Hauptverdachts wird in der Begründung ausgeführt, daß dieser sowohl bei Julius als auch bei Oskar Barmat bestehe. Bei Julius Barmat könne allerdings auf Grund der ärztlichen Gutachten über seinen Gesundheitszustand Haftentlassung gegen Sicherheitsleistung in angemessener Höhe eintreten.

Im Untersuchungsausschuß des preussischen Landtages für die Barmat-Affäre wurde am Dienstag Nachmittag Finanzrat Hellwig vernommen, der befand, daß er nach den ihm gewordenen Mitteilungen im Februar die Ansicht hatte, daß das Hannover Lager als Hauptdeckung für die 4,2 Millionen gedacht war. Er erklärte weiter, nach der Zahlungsunfähigkeit Kauters sei er bei der Abwicklung der Geschäfte ausgeschaltet gewesen und die weitere Abwicklung habe Geheimrat Ruge und Dr. Rüge obgelegen. Am heutigen Mittwoch soll mit der Vernehmung des Zeugen Hellwig unter Gegenüberstellung mit dem Abg. Heilmann fortgefahren werden.

Die Urteile der bayerischen Volksgerichte

Aus München wird offiziell gemeldet Die bayerische Regierung hat noch keinen Beschluß darüber gefaßt, ob sie von ihrer Einspruchsfrist beim Reichsrat gegenüber der vom Reichstag beschlossenen Möglichkeit der Wiederannahme des Verfahrens in bezug auf die bayerischen Volksgerichtsverträge Gebrauch machen wolle. Im übrigen wird in bayerischen Regierungskreisen dem betreffenden Reichstagsbeschlusse keine praktische Bedeutung beigemessen. Für keinen Fall stellt dieser Beschluß nach Ansicht der Münchner politischen Stellen eine innerpolitische Belastung in den Beziehungen zwischen Bayern und dem Reich dar.

Beginn neuer Operationen in Marokko. Nach einer Blättermeldung aus Casablanca wurden am Montag in Marokko bedeutende Operationen eingeleitet. Wie die Nachrichten besagen, operieren die Franzosen konzentrisch.

Verschiedenes

Das Schicksal Amundsens

Auch weiter liegen keine Nachrichten über Amundsen vor. Norwegische Zeitungen bringen ein Telegramm aus New York, worin es heißt, daß die Schwester Ellsworth erklärt habe, ihr Bruder habe ihr vor seiner Abreise erklärt, sie möge sich wegen seines Schicksals keine Sorgen machen vor Herbst 1926, da man daran gedacht habe, die Heimreise über Alaska vorzunehmen. — Nach einer Osloer Meldung der „B. J.“ sind die norwegischen Sachverständigen der Meinung, daß Amundsen den Nordpol nicht erreicht hat, und daß er es versuchen wird, den Pol auf Eisern zu erreichen.

Neuter meldet aus Washington: Die Zeitungen berichten über die Möglichkeit der Entsendung des Luftschiffes „Los Angeles“ oder „Ebenandob“ zwecks Nachforschung nach Amundsen, daß ein solcher Plan von Amerika nicht erachtet worden sei. Der Marineminister Bellur erklärte, es würde f. E. absurd sein, ein Luftschiff auf gut Glück über eine Eiswüste von Leuten von Quadratmeilen zu schicken, um dort nach sechs Männern zu suchen.

Riesige Explosion in Kuba

Wie die Blätter berichten, vernichtete eine große Explosion das Militärarsenal in Kuba. Alle Gebäude in einem Umkreis von 1 Kilometer wurden zerstört. Die Ursache des Unglücks ist nicht bekannt. Etwa 300 Menschen kamen ums Leben.

Badischer Teil

Beiratsführung des Badischen Weinbauinstituts

Am 20. Mai fand im Foyer des Badischen Weinbauinstituts in Freiburg i. Br. in Anwesenheit von Ministerialrat Wein und Oberregierungsrat Cronberger vom Ministerium des Innern eine Beiratsführung unter dem Vorsitz des Institutsdirektors Dr. Müller statt.

Aus dem umfangreichen Programm, das in 4 Stunden abgewickelt wurde, sei erwähnt Erstattung des Jahresberichts für 1924 von Direktor Dr. Müller. Dem Institut wurde von allen Seiten für die mit geringen Mitteln geleistete Arbeit Anerkennung und Dank ausgesprochen. Ein Redner wünschte, daß dem Weinbaumuseum größere Räume zugänglich werden, damit seine Ausstellungsobjekte besser zur Geltung kämen. Über einen besonders wichtigen Punkt, Ausbau der staatlichen Weinbauförderung speziell Ausbau der Maßnahmen zur Abwehr der Mehltau, referierte Oberregierungsrat Cronberger. Mit Hilfe der zur Verfügung gestellten Reichsmittel sollen die bestehenden staatlichen Mittergärten mit Amerikanerweiden weiter ausgedehnt werden, um größeren Ansprüchen genügen zu können. Ebenso soll für weitere Veredelungsanstalten gesorgt werden. Zur Bewältigung der damit dem Weinbauinstitut entstehenden Mehrarbeit soll auch das Personal des Instituts entsprechend vermehrt werden. Der Beirat erklärte sich mit dem entwickelten Programm einverstanden und gab seiner Genugtuung Ausdruck, daß in so großzügiger Weise an dieses für den Weinbau überaus wichtige Problem herangegangen werde. Zu dem Punkt Verschiebung der Tagesordnung wurden dem Institutsdirektor eine Anzahl von Mitteilungen gemacht, darunter auch über den Bezug von Unterlagenholz aus dem Ausland. Der Beirat ist mit den Vertretern des Staates der Auffassung, daß der Bezug von Unterlagenholz aus dem Ausland nicht dringend und auch nicht erwünscht sei, und daß man deshalb auf die Heranzucht genügender Holzmassen im Inland bedacht sein soll. Regierungsbotschafter Dr. Rott berichtete dann noch über den Ausbau der Hauptstelle für Pflanzenzüchtung in Baden, die sich am Weinbauinstitut befindet und schließlich wurde noch eine Mitteilung gemacht über die vom Weinbauinstitut im Herbst dieses Jahres in Freiburg geplante internationale Weinprobe, zu welcher Weine aus der ganzen Welt bereits vorhanden oder sicher zugesagt sind. Nachmittags wurden die Mitglieder des Beirats mittels Söbrennats nach dem Schlierberg und nach der Rebgastanstalt Jesuitenschloß geführt, wo ihnen die verschiedenen Versuchsanlagen des Instituts erläutert wurden.

Gemeinde-Rundschau

Der Voranschlag der Stadt Karlsruhe im Bürgerausschuß.

Der Karlsruher Bürgerausschuß beriet am Dienstag nachmittags den städtischen Voranschlag für das Rechnungsjahr 1925. Oberbürgermeister Dr. Huter leitete die Beratungen mit ausführlichen Darlegungen über die finanzielle und wirtschaftliche Lage der Stadt ein.

Zunächst besprach er die geplante Neuregelung des Steuerwesens. Um den Gemeinden die Auffüllung ihres Haushalts für das Rechnungsjahr 1925 zu ermöglichen, hat sich der Reichsfinanzminister am 9. März bereit erklärt, dafür einzutreten, daß beim endgültigen Finanzausgleich den Ländern im Rechnungsjahr 1925 im Ergebnis etwa der gleiche Gesamtbetrag an Ueberweisungsmitteln zukommen solle, wie er ihnen auf der Grundlage der gegenwärtigen Anteilsverhältnisse an den Reichsteuern zuzuehen würde. Wie die Zeitungen berichten, war es hauptsächlich das Verdienst des badischen Finanzministers Dr. Müller, die Reichsregierung zu diesem Zugeständnis bewegen zu haben. Auf die so geschaffene Klärung der Lage vertrauend, haben nun die deutschen Gemeinden ihre Haushaltspläne für 1925 aufgestellt und zum Teil bereits verabschiedet. Der Redner wandte sich gegen die Ansicht des badischen Finanzministeriums, bei dem neuen Entwurf der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer 65 Prozent der Einkünfte dem Staate und nur 35 Prozent den Gemeinden zuzuwenden (bisher nur 50 Prozent). Das würde für die Stadt Karlsruhe eine Einbuße von 1,1 Millionen bedeuten, wofür anderweitige Deckung geschaffen werden müßte. Sämtliche badischen Gemeindeverbände hätten den Entwurf des Finanzministeriums abgelehnt und geltend gemacht, daß auch in Baden nur eine der Reichsregelung ähnliche Lösung möglich sei, d. h., daß das bisherige Ausmaß bis 1. Oktober verlängert wird und hinsichtlich des Ergebnisses für das ganze Jahr das Land den Gemeinden eine gleiche Zufriedenheit gibt, wie die Länder sie auf ihr Verlangen vom Reich erhalten haben. Durch einen Schiedsspruch, der die Löhne der städtischen Arbeiter vom 1. April um 6 Prozent erhöhte, erhöhte außerdem der Etat eine Mehrbelastung von 288 000 Mark. Die Aufwertungsfrage sei mit der gebotenen Vorsicht zu behandeln. Wenn die Prozentige Aufwertung komme, sei mit einer ganz erheblichen Erhöhung der Schuldenlast der Stadt zu rechnen. Für den Schuldendienst dieses Jahres seien 300 000 Mark vorgesehen.

Der Ruf nach Sparmaßnahmen in den öffentlichen Körperschaften sei verständlich. Doch dürfe man die Gemeinden nicht als Mitläufer des allgemeinen Unwillens über die Höhe der Reichsteuern benutzen. Volkswirtschaftlich gesehen, könne gerade in Zeiten des Stillstandes der Wirtschaft die öffentlichen Körperschaften die Rolle des Ausgleiches und der Belebung der Wirtschaft übernehmen. In Karlsruhe betrug die Arbeitslosigkeit in den Wintermonaten über 1600, und wenn man die sogenannten Ausgesetzten mit hinzuzählt, sogar über 2000. Alle diese Menschen haben wir mit ihren Familien nicht verhungern lassen können. Die Ausgaben, die die Stadt im Jahre 1925 zur Verteilung ihres sachlichen Bedarfs macht, die Ausgaben also, die unmittelbar der Wirtschaft zuzuführen, betragen rund 14 Millionen Mark, oder auf einen Arbeitstag des Jahres ausgerechnet 45 000 Mark. Das bedeutet das Arbeitseinkommen von mindestens 6000 Menschen. Eine von der Wirtschaft erzeugene Ueberproduktion des Reinzins der Sparbank, die zur Unterbindung des Unternehmenswillems der Gemeinden führt, wird für die Wirtschaft alles andere als von Vorteil sein.

Der Oberbürgermeister ging sodann auf den Voranschlag im Einzelnen ein. Die Gehälter und Löhne der Beamten und Arbeiter, einschließlich der Aufwendungen der Ruhe- und Hinterbliebenenversorgung, machen die Summe von 9 168 000 Mark aus. Der Aufwand des Fürsorgeamtes beträgt 3 944 000 Mark. Die Steigerung gegen die Vorjahreszeit beträgt fast das Sechsfache. Für Zwecke der Erwerbslosenfürsorge sind 400 000 Mark vorgesehen. Die Aufwendungen für die Schulen betragen 3 094 000 Mark. Wir haben damit trotz der Neuregelung der Schullasten die gemeindlichen Friedensaufwendungen um 477 661 Mark überschritten. Im gewissen Sinne zwangsläufig sind die Zuschüsse zum badischen Landeshaushalt und zum badischen Konfessionsrat für Kunst, die auf Grund bestehender Verträge geleistet werden müssen. Die Schülervorteile des Konfessionsrats sind auf über 600 000 Mark. Der vorgesehene Zuschuß beträgt 42 000 Mark. Im Landeshaushalt hat sich eine außerordentliche Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Ausgaben und Einnahmen eingestellt. Das neue Spieljahr wird eine weitere Steigerung der Ausgaben durch Erhöhung der Wagen der Solofräfte und

durch die im Voranschlag vorgesehene Vermehrung des Orchesters, des Chor- und des Solopersonals der Oper bringen. Man will die Leistungsfähigkeit der Oper, die in den letzten Jahren Gegenstand kritischen Vergleiches mit früheren Zeiten gewesen ist, so heben, daß sie ihren früheren so hoch bewerteten Platz im deutschen Musikleben wieder erringt, und er erhofft daraus auch einen im Voranschlag übrigens bereits vorausgesehenen stärkeren Besuch des Theaters. Nur wenn nach Ueberwindung der krisenhaften Störungen der letzten Jahre diese im Interesse des kulturellen Lebens unserer Stadt und des Landes so sehr erwünschte Wirkung eintritt, läßt sich ein Zuschuß in der vorgesehener Höhe von 736 000 Mark rechtfertigen. In der Vorkriegszeit war der Zuschuß des Hoftheaters bereits auf 520 000 Mark gestiegen.

In Ausgaben, die lediglich dazu dienen, die vorhandenen Werte zu erhalten, enthält der Voranschlag Aufwendungen für die Straßen mit zusammen 747 000 Mark, im Vorjahr 1 064 000 Mark. Auch der Staat hat ein Straßenbahnbauprogramm entwickelt, das, auf zehn Jahre verteilt, 65,5 Millionen Mark kosten wird, wovon den Gemeinden ein Viertel aufgelegt werden soll.

Die Wirtschaft bringt für den Wohnungsbau 1 149 000 Mark auf. Auch Anlehensmittel werden für dringliche Ausgaben im Laufe des Jahres verwendet. Der Bürgerausschuß hat bereits zur Förderung des Wohnungsbaues die Aufnahme eines Darlehens von 1 000 000 Mark genehmigt. Außerdem ist genehmigt die Verwendung von Anlehensmitteln für die Zwecke der Wohnungsbauten für die Feuerwache von 318 000 Mark.

Von den Maßnahmen der finanziellen Vorbereitungen zukünftiger Unternehmungen steht die Rücklage für ein neues Wasserwerk mit 230 000 Mark an erster Stelle. Die Mittel müssen aus einer Erhöhung des Wasserpreises gewonnen werden. Der zurückgestellte Bau des fünften Hafendocks ist nun nicht mehr zu umgehen. Seine Ausführung wird 3,7 Millionen Mark kosten, die in drei Jahren aufgebracht werden müssen. Das Elektrizitätswerk muß auf der Höhe seiner Leistungsfähigkeit gehalten werden, die es bei dem Versagen anderer Kraftlieferungsquellen ermöglicht, den Strombedarf selbst zu erzeugen.

Der Stadtrat hat sich, in dem Bestreben, den Umlagefuß von 68 Pf. zu halten, große Zurückhaltung aufzulegen müssen. Ein Umlagefuß von 68 Pf. bewegt sich vermutlich im Mittel der badischen Städte; mehrere Städte, so Mannheim, haben zum Teil höhere Sätze, obwohl diese Städte nebenher noch eine Reihe Gebühren für Müllabfuhr und dergleichen erheben, die hier in die Umlage einbezogen sind. Der Redner forderte schließlich für die Gemeinden die direkte Einkommensteuer.

Im Verlaufe der Verhandlungen begründete ein Zentrumredner einen Antrag, wonach einem Fonds zur Aufwertung der Sparkassenguthaben und Stadtanleihen 250 000 Mark als Zuschuß zu der staatlichen Aufwertung zugeführt werden sollen, ferner einen Antrag, der die Erhöhung des Gaspreises von 17 auf 19 Pf. ablehnt und nur eine solche auf 18 Pf. vorschlägt. — Die Weiterberatung wurde vertagt.

Aus der Landeshauptstadt

Todesfall. Ein angesehener Karlsruher Bürger, Herr Eduard Mayer, Inhaber des gleichnamigen Lederwarengeschäfts und Vorsitzender der Sattlerinnung, ist 60 Jahre alt gestorben.

Das Karlsruher Schwurgericht beschäftigte sich am Dienstag mit einem schweren Meineidsverbrechen. Auf der Anklagebank saßen drei junge Leute um die Mitte der 20er und zwar der Metzger Adolf Bischoff aus Dietlingen, der jetzt verheiratete Mechaniker Karl Wilhelm Roth aus Nöttingen und der Landwirt Christof Augenstein aus Elmendingen. Weil er sein uneheliches Kind um die gesetzlichen Ansprüche bringen wollte, redete Augenstein in Gemeinschaft mit seinem Schwager Roth demassen auf den Bischoff ein, daß dieser schließlich zugab, vor Gericht fälschlich anzugeben, daß er mit der Kindesmutter in der kritischen Zeit ebenfalls geschlechtlich verkehrt habe. Roth leistete auch seinerseits einen Meineid, indem er behauptete, er habe Bischoff getroffen, als er gerade von dem Mädchen kam. Das Gericht kam zu folgendem Urteil: Roth erhält 3 Jahre, Bischoff und Augenstein erhalten je 1½ Jahre Zuchthaus. Außerdem wird gegen jeden der Angeklagten auf 3 Jahre Ehrverlust und die dauernde Unfähigkeit erlassen, als Zeuge oder Sachverständiger eidlich vernommen zu werden. In der Nachmittagsführung hatten sich Eugen Diederhof aus Philippsburg, Josef Geneta aus Neuthard und Lorenz Rothstein aus Hambrücken wegen Körperverletzung mit Todesfolge zu verantworten. Unverzüglich der Leichentum hat die bisher unbesorgten Familienväter und Feldzugsteilnehmer auf die Anklagebank gebracht. Als Arbeiter in einem Werk bei Bruchsal beschäftigt, leistete sie sich am 18. September 1923 den gefährlichen „Spaß“, den 15jährigen ahnungslosen Ernst Rotters aus Karlsruhe zu „elektrifizieren“. Diederhof, der den gleichen „Scherg“ bereits gegen verschiedene andere junge Leute ohne Nachteil ausgeführt hatte, legte in der Heizerbude vom Lichtschalter aus einen zwei Meter langen Draht zur inneren Türklinke und goß, um die Wirkung des 220 Volt starken Stromes noch zu erhöhen, einen Eimer Wasser vor die Türe. Geneta und Rothstein hielten alsdann den Rotters herbei, der auf ihre Aufforderung, nach der Uhr zu sehen, die Türe zu öffnen versuchte. Kaum hatte der Unglückliche den Griff in der Hand, als schon der elektrische Strom seine Wirkung tat. Der junge Mann brach tot zusammen. Das Urteil lautete gegen Diederhof auf 8 Monate Gefängnis, gegen Geneta und Rothstein auf 3 bzw. 1 Monat Gefängnis.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe vom 27. Mai, vormittags 8 Uhr: Hoher Druck hat vorübergehend in Südwestdeutschland Aufweitung gebracht, nachdem es gestern noch zu leichten Regenfällen gekommen war. Eine neue starke Zykone ist vom Meere herangezogen, ihr Zentrum lagert noch westlich von Schottland, doch hat sich ihre Regenfront bereits bis Frankreich vorgeschoben. Unter Tiefdruckeinfluß tritt eine mehrstägige kühle Regenperiode ein. **Vorausichtliche Witterung für 28. Mai:** zunehmende Bewölkung und allgemeine Regenfälle, ziemlich kühl, zeitweise auf frische Südwesterwinde.

Handel und Wirtschaft

Berliner Devisennotierungen

	27. Mai	26. Mai		
	Geld	Beleg	Geld	Beleg
Amsterdam 100 G.	168.49	168.61	168.57	168.99
Kopenhagen 100 Kr.	78.98	79.18	78.95	79.15
Italien . . . 100 L.	16.64	16.68	16.70	16.74
London . . . 1 Pf.	20.384	20.436	20.394	20.446
Neuyork . . . 1 D.	4.19	4.21	4.19	4.21
Paris . . . 100 Fr.	20.94	21.00	21.20	21.26
Schwiz . . . 100 Fr.	61.15	61.35	61.165	61.365
Wien 100 Schilling	52.055	52.195	52.055	52.195
Brag . . . 100 Kr.	12.432	12.472	12.432	12.472

Stellung überall 100 Prozent

Und wenn einmal das Geld nicht da - geh'n wir in die **Badenia** Karlsruhe Kaiserstraße 14a

Haltestelle Waidhornstraße
MANNHEIM F 3, 9 FRANKFURT a. M.

Wir bieten Ihnen in allen Abteilungen eine Riesenauswahl nur guter Qualitäten

bei bequemen Teilzahlungen!

Sie finden bei uns in den Abteilungen:

Herren-Konfektion
Anzüge, moderne Fassons u. Stoffe
Gabardine-, Covercoat-, Gummi- und Loden-Regenmäntel
Windjacken - - Hosen

Damen-Konfektion
Kostüme - Mäntel - Kleider
Sommer-Waschkleidung
Blusen, Kasacks, Röcke
Windjacken

Knaben- und Mädchen-Kleidung.
Alte Kunden evtl. ohne Anzahlung!

Neu-Gröfßnung
unserer früheren Verkaufsstelle
Ecke Scheffel- und Sofienstr.

Wir beehren uns hiermit die verehrlichen Bewohner der Weststadt in Kenntnis zu setzen, daß wir am **Mittwoch, den 27. Mai 1925** unsere frühere Filiale wieder eröffnen.

Wir empfehlen:
la Ochsen-, Kalb-, Schweine- und Hammelfleisch :: erstklassige Wurstwaren in reicher Auswahl :: ferner la Schweineschmalz, Speisefette und Palmkernbutter „HENSOLA“ zu billigsten Tagespreisen!

und bitten um geneigten Zuspruch.
Für aufmerksame, reelle Bedienung ist Sorge getragen

Gebr. Hensel

Historische vaterländische Volksschauspiele

Einstudierung u. Leitung übernimmt Theaterdirektor a. D. mit 35jähriger Bühnenpraxis, wohnhaft in Freiburg i. Br. Begutachtung neugeschriebener Stücke, Beschaffung der historischen Kostüme, sowie Einrichtung der Szenarien. Aufträge vermittelt die Ann.-Exp. Rudolf Rosse, Freiburg i. Br., unter F. F. 4221.

Aufpolstern
von Matratzen und Divans etc. sowie Neuanfertigung besorgt reell u. billig
Albert Ernst, Tapezier
Steinstraße 21.

BAUBUND-MÖBEL
HERVORRAGEND IN FORM & GÜTE
kaufen Sie am besten beim **BAD. BAUBUND**
KARLSRUHE
Karl-Friedrich-Strasse 22
am Rondellplatz
TAGL. GEÖFFNET
VON 8½-12½ UND 2-6½ UHR.

Badisches Landestheater
Donnerstag, den 28. Mai 1925
F 23. Ab.-Gem. 4001-4500
Vollsbühne 9

Faust II. Teil
Tragedie von Goethe.
In 5 Akten.
In Szene gesetzt von Felix Baumbach.
Personen:

Badische Bank.
Die Aktionäre werden hiermit zu der am **Mittwoch, 17. Juni 1925, vormittags 11 Uhr**, in unserem Bankgebäude in Mannheim stattfindenden **55. ordentlichen Generalversammlung** Tagesordnung:

1. Vorlage der Reichsmarkteröffnungsbilanz und der Umstellung des Grundkapitals nebst Bericht des Aufsichtsrats und Vorstandes über die Prüfung der Reichsmarkteröffnungsbilanz und den Gergang der Umstellung. (418)
2. Beschlußfassung über die Genehmigung der Reichsmarkteröffnungsbilanz und die Umstellung des Grundkapitals.
3. Genehmigung einer neuen Satzung.
4. Vorlage der Bilanz mit Gewinn- und Verlustrechnung auf 31. Dezember 1924 nebst Bericht des Vorstandes und Aufsichtsrats.
Vortrag des Berichts der Revisions-Kommission über die Prüfung der Jahresbilanz.
5. Beschlußfassung über die Genehmigung der Jahresbilanz und die Gewinnverwendung für das Geschäftsjahr 1924, sowie die Entlastung des Aufsichtsrats und des Vorstandes. Festsetzung der Entschädigung der Mitglieder des Aufsichtsrats für Rückverwaltung im Jahre 1924.
6. Wahlen zum Aufsichtsrat.

Bezüglich der Teilnahme an der Generalversammlung wird auf Art. 38 letzter Absatz der Statuten verwiesen und bemerkt, daß seitens der Aktionäre der Hinweis über ihren Aktienbesitz durch Vorzeigen der Aktien und Aberreichung eines Nummernverzeichnisses an den Kassen der Bank in Mannheim und Karlsruhe oder durch Hinterlegung der Aktien bei der Direktion der Disconto-Gesellschaft in Frankfurt a. Main oder bei dem Notar oder in sonstiger dem Vorstand genügen erscheinender Weise bis zur vorgezeichneten Frist zu geschehen hat.
Mannheim, den 25. Mai 1925.
Der Vorstand.

Karlsruher Rennverein
Sonntag, den 14. Juni, nachmittags 2½ Uhr
auf den Wiesen bei Klein-Rüppurr
RENNEN
mit öffentlichem Totalisator
Nennungsschluß am 1. Juni, abends 6 Uhr.
Nähere Auskunft erteilt
Sekretariat Karlsruhe, Stefaniensstr. 90
Telephon 5902. (407)

Im Neuanfertigen und Umarbeiten von **Steppdecken u. Daunendecken** empfiehlt
Paula Schneider
Adlerstr. 5 Karlsruhe

Zu Geschäftlichen Festgeschäften **Victoriastraße 10**
sind **Wenden, Blusen, Hemden, etc.** u. **Wollstoffe** in großer Auswahl eingetroffen.
Schulz & Co.
Rein Roben.

STAATSLOTTERIE
Die Auszahlung der Gewinne aus der **2. Klasse**, sowie die **Erneuerung** der Lose zur **3. Klasse** der **25/251. Preuß.-Südd. Klassen-Lotterie** findet ab **Montag, den 25. Mai 1925** in meinen beiden Geschäften statt. Schluß der Erneuerung: **2. Juni 1925**. Erfahrungsgemäß ist der Andrang Ende des Monats und in der Woche vor der Ziehung am stärksten; ich bitte daher im Interesse einer ruhigen Abwicklung des Erneuerungsgeschäftes alle, denen es möglich ist, **baldigst** ihre Lose zu erneuern.
Die Ziehung der 3. Klasse ist am **9. und 10. Juni 1925**. (405)
Die Lose sind fast überall ausverkauft; ich habe nur noch wenige **Kauflose** abzugeben.
Lospreise für neu hinzutretende Spieler:
1/8 1/4 1/2 1 Doppellos
9.- 18.- 36.- 72.- 144.- R.-M.

ZWERG vormals **Götz**
Bad. Lotterie-Einnahmer, Karlsruhe
Hebelstraße 11 und Waldstraße 38
Telephon 4828. Postscheckkonto 17808

Alkoholfreie Pension
und Kegerei beim Bahnhofs Calmbach bei Wildbad.
Friedrich Wildbad 105.
Bej. G. Seyfried. (409)

Bankkredite
erhalten gute Firmen unter zeitgemäßen Bedingungen.
Offerten unter G. 327 an die Expedition der Karlsruher Zeitung.

Hämorrhoiden
Rollst. schmerzlos. Dauerbefreiung ohne Verunstaltung.
Statisauskunft durch
F. A. Ammon, Diepholz 9.

Buchenbrennholz
ca. 400 Raummeter Scheiter sofort lieferbar abzugeben
Eberhard Bergerer
Stuttgart, Postfach 274.
Telefon 71281. (416)

Detektiv Institut u. Privat-Auskunft
Argus Mannheim
O. 6. 6.
Planken 3. 47
Fernspr. 3505
R. Maier & Co., G. m. b. H.

Junge Leute
die prakt. evtl. kostenlos
Chauffeur werb. u. erf. d. amtliche Sachverständige geprüfte u. anerkannte Informations- u. Reisepropaganda-Verfahren.
Neueste Auto- u. Chauffeur Nachrichten Berlin NW 6
Organ des Reichswirtschaftsbundes der Kraftf.-Bej.
e. G. m. b. H. 234

Harmonium
2 Reg. Mark 238.-
9 Reg. Mark 297.-
13 Reg. Mark 411.-

Zahlungsversicherung
K Frankfurter 948

LANG
Kaiserstr. 161 : Tel. 1073
Salamander-Schuhhaus

Fahrräder
Ersatzteile, Zubehör und Gummi, sowie alle Reparaturen erhalten Sie am billigsten in der **Süd. Vulkanfabrik-Ausstatt.** Kreuzstr. 22 (Laden). (436)

Exprenzwagen
gebraucht, jedoch noch gut erhalten, zu kaufen gesucht.
Angebote an
Bürgermeisteramt Todnaun.